



Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 03.03.2006

2006/076
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	21.03.2006	
Rat der Stadt	23.03.2006	

Betreff

**Haushalts-Eckdaten 2006/2007;
Beratung und Beschlussfassung**

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die Haushalts-Eckdaten 2006/2007 – wie vom Bürgermeister und der Kämmerin am 02.02.2006 als Entwurf eingebracht – gemäß der Anlage 1 mit den Änderungsvorschlägen bzw. Erläuterungen im Sachverhalt zu den Punkten 2., 2.1.1, 2.1.2, 2.2.1, 2.2.2, 2.2.5, 2.2.6, 3., 4. und 5.

Beisenherz

Sachverhalt

Die Verwaltung hat den Entwurf der Haushalts-Eckdaten 2006/2007 in der Sitzung des Rates der Stadt am 02.02.2006 eingebracht. Zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes hat die Verwaltung ausgeführt, dass die voraussichtlichen Haushaltsverschlechterungen 2006 und 2007 mit ihren Auswirkungen für die Jahre 2008 ff. dazu führen, dass ein Haushaltsausgleich innerhalb des genehmigten Konsolidierungszeitraumes nicht erreicht werden kann.

Auch die zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen der Finanzplanungsdaten führen leider nicht zu einer grundsätzlichen Verbesserung und somit zu einer Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes. Nach der derzeitigen Finanzplanung können weiterhin bis 2010 keine originären Überschüsse ausgewiesen werden (2006 = Fehlbedarf 52.821.675 €, 2007 = Fehlbedarf 63.187.504 €, 2008 = Fehlbedarf 63.940.579 €, 2009 = Fehlbedarf 77.047.732 €, 2010 = Fehlbedarf 75.305.036 €). Erst ab 2014 kann mit originären Überschüssen gerechnet werden. Der Abbau sämtlicher Fehlbeträge ist in der bis 2016 verwaltungsintern fortgeschriebenen Finanzplanung nicht darstellbar.

Die Beschlussvorschläge sind in dem Entwurf der Haushalts-Eckdaten 2006/2007 ausführlich erläutert. Zu den geänderten Beschlussvorschlägen ist folgendes anzumerken:

zu 2. Entwicklung des Allgemeinen Finanzbudgets 2006/2007

Verwaltungshaushalt

Die Änderungen hinsichtlich der Veranschlagung im Allgemeinen Finanzbudget des Verwaltungshaushaltes ergeben sich aus den beigefügten Veränderungslisten zu den Zuschussbedarfen (Anlagen 2 und 3) sowie der überarbeiteten Finanzplanung (Anlage 4).

Weitere Erläuterungen enthalten die gesonderten Ausführungen zu den Punkten 2.1.1 und 2.1.2.

Der Überschuss im Allgemeinen Finanzbudget erhöht sich um 2.548.299 € von 2.557.016 € auf 5.105.315 €. Unter Berücksichtigung der veränderten Zuschussbedarfe der Betriebe verringert sich der **Fehlbedarf 2006** um 2.471.124 € von 55.292.799 € auf **52.821.675 €**. Somit reduziert sich der originäre Fehlbedarf von 21.856.259 € um 2.471.124 € auf 19.385.135 €.

Entsprechende Veränderungen ergeben sich auch für das Haushaltsjahr 2007.

Der Fehlbedarf im Allgemeinen Finanzbudget reduziert sich von 4.866.517 € um 510.170 € auf 4.356.347 €. Durch die sich ebenfalls verändernden Zuschussbedarfe der Betriebe reduziert sich der **Fehlbedarf 2007** von 63.272.888 € um 85.384 € auf **63.187.504 €**. Der originäre Fehlbedarf reduziert sich von 15.822.432 € um 85.384 € auf 15.737.048 €.

Die Beschlussfassung zu den neuen Beträgen erfolgt unter Punkt 3.

Vermögenshaushalt

Im Vermögenshaushalt sind alle Veränderungen zu den Investitionsquoten gegenüber dem Eckdaten-Entwurf aus den Veränderungslisten (Anlagen 5 und 6) und den Aufstellungen über die Festlegung der Investitionsquoten (Anlagen 7 und 8) sowie der überarbeiteten Finanzplanung (Anlage 9) ersichtlich. Weitere Erläuterungen enthalten die gesonderten Ausführungen zu den Punkten 2.2.1, 2.2.2, 2.2.5, 2.2.6, und 4.

Darstellung der veränderten Investitionsquoten 2006:

Budget	Investitionsquote Eckdaten-Entwurf 2006	Investitionsquote Eckdaten- Beschluss 2006	Verbesserung(+)/ Verschlechterung (-)
	€	€	€
Finanzbudget	10.990.800	13.364.286	2.373.486
Untern.-Zentrale	204.600	371.432	166.832
Betrieb 1	628.170	628.800	630
Betrieb 2	711.100	727.139	16.039
Betrieb 3	9.446.930	11.636.915	2.189.985
Investitionsquote	10.990.800	13.364.286	2.373.486

Darstellung der veränderten Investitionsquoten 2007:

Budget	Investitionsquote Eckdaten-Entwurf 2007	Investitionsquote Eckdaten- Beschluss 2007	Verbesserung(+)/ Verschlechterung (-)
	€	€	€
Finanzbudget	5.492.790	5.814.620	321.830
Untern.-Zentrale	350.000	350.000	0
Betrieb 1	220.270	220.900	630
Betrieb 2	324.400	324.400	0
Betrieb 3	4.598.120	4.919.320	321.200
Investitionsquote	5.492.790	5.814.620	321.830

zu 2.1.1 Steuerhaushalt

Im Bereich des Steuerhaushalts haben sich eine Vielzahl von Veränderungen ergeben, die aus der Anwendung der aktuellen Orientierungsdaten des Landes resultieren. Die Orientierungsdaten stellen einen Anhaltspunkt für die zu erwartende prozentuale Erhöhung der Steuereinnahmen dar und werden daher als Berechnungsgrundlage herangezogen. Die jeweiligen Veränderungen wurden in die Finanzplanung eingearbeitet, die dieser Vorlage als Anlage 4 beigelegt ist.

zu 2.1.2 Allgemeine Finanzzuweisungen

Nach Eingang Mitteilung über die Abschlagszahlungen sowie unter Berücksichtigung der 1. Modellrechnung des Landes zum GFG 2006 wurden die Ansätze entsprechend verändert. Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich demnach von 30.419.331 € um 3.030.419 € auf 33.449.750 €.

Die Veränderung wurde in gleicher Höhe in der Finanzplanung berücksichtigt.

Für das Jahr 2007 erfolgte eine neue Berechnung unter Berücksichtigung der aktuellen Orientierungsdaten des Landes. Danach erhöht sich die Schlüsselzuweisung von 35.377.680 € um 1.350.150 € auf 36.727.830 €.

Diese Veränderungen wurde in die Finanzplanung entsprechend eingearbeitet.

zu 2.2.1 Investitionspauschale

Nach der 1. Modellrechnung des Landes zum GFG 2006 verringern sich die pauschalen Investitionszuweisungen 2006 auf 940.020 € (Verringerung gegenüber Eckdaten-Entwurf = 2.820 €). Die Orientierungsdaten des Landes gehen für 2007 von einer Steigerungsrate von 9,8 % aus. Für 2007 kann somit nur noch ein Betrag von 1.032.140 € eingeplant werden (Verringerung gegenüber Eckdaten-Entwurf = 64.380 €).

zu 2.2.2 Sonderpauschalzuweisungen

1. Schulpauschale und Sportpauschale

Auf Grund der 1. Modellrechnung des Landes zum GFG 2006 ergeben sich folgende Veränderungen gegenüber dem Eckdaten-Entwurf:

Schulpauschale	neu	2006/2007	=	1.540.420 €
	bisher		=	1.546.810 €
Sportpauschale	neu	2006/2007	=	209.360 €
	bisher		=	207.220 €

2. Weitergabe der Landesentlastung beim Wohngeld

Derzeit liegen keine neuen Berechnungsgrundlagen vor. Die Einnahmen für 2006 und 2007 sind weiterhin in Höhe von 1.130.820 € jährlich eingeplant. Der Kreis Recklinghausen hat im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Kreishaushalt 2006 darauf hingewiesen, dass die Weiterleitung der Wohngeldentlastung eine freiwillige Leistung darstellt und somit bei einem formalen Haushaltssicherungskonzept des Kreises zur Konsolidierung des Kreishaushaltes eingesetzt werden müsste. Mit einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept soll nunmehr die Solidarität des Kreises mit seinen kreisangehörigen Städten zum Ausdruck kommen. Danach beabsichtigt der Kreis, diese freiwilligen Leistungen weiterhin den Städten zur Durchführung von investiven Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

zu 2.2.5 Bewirtschaftung der Rücklagen

Auf Grund von Verbesserungen des Rücklagebestandes im Rahmen des vorläufig ermittelten Jahresabschlussergebnisses 2005 können höhere Rücklagemittel für Investitionsmaßnahmen des Jahres 2006 eingesetzt werden (+2.120.556 €). Insbesondere werden hiermit die Neuveranschlagungen von geplanten, aber nicht oder nicht abschließend durchgeführten Investitionsmaßnahmen aus 2005 finanziert (786.856 €).

Durch die Inanspruchnahme von Rücklagemitteln und Zurückstellung geplanter Investitionsmaßnahmen kann die Zwischenfinanzierung von bewilligten, aber erst in späteren Jahren verfügbaren Landeszuweisungen/Mitteln Kreisaktienfonds für die Ausbaurkosten der Industrieachse Nord in 2006 ermöglicht werden (1.474.000 €). Nach Eingang der Drittmittel, die eine 100%-Finanzierung des Ausbaus der Industrieachse Nord sicherstellen, werden diese dann der Rücklage wieder zugeführt und stehen für anderen Investitionsmaßnahmen zur Verfügung.

zu 2.2.6 Übrige Einnahmen des Vermögenshaushaltes

Für 2006 ist eine Kreditaufnahme von nunmehr 2.800.000 € zur Finanzierung des örtlichen Anteils an den Neubaurkosten der Schule Oberwiese (Waltrop) vorgesehen. Der zusätzliche Kreditbedarf ergibt sich durch den ermittelten höheren Finanzierungsanteil der Stadt Castrop-Rauxel aufgrund aktualisierter Schülerzahlen (jetzt 50,3 %/bisher 46,2 % an den Gesamtbaurkosten von ca. 5,5 Mio. €).

Durch zusätzliche Grundstückserlöse ist eine weitere Zwischenfinanzierung von Drittmitteln für die in 2007 anfallenden Ausbaurkosten der Industrieachse Nord von 386.200 € gesichert (siehe auch 2.2.5 zum Jahr 2006).

Für Umschuldungen werden Mittel in Höhe von 718.000 € eingeplant (Einnahme und Ausgabe in gleicher Höhe).

zu 3. Festlegung der Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt 2006/2007

Die einzelnen Veränderungen bei den Zuschussbedarfen der Betriebe ergeben sich aus den als Anlagen 2 und 3 beigefügten Veränderungslisten. Der Fehlbedarf beläuft sich nunmehr auf **52.821.675 €** für das Jahr 2006 und auf **63.187.504 €** für das Jahr 2007.

zu 4. Investitionsquoten 2006/2007

Die neue Verteilung der Investitionsquoten 2006 und 2007 ist aus den Anlagen 7 und 8 zu entnehmen. Es handelt sich ausschließlich um Maßnahmen, deren Durchführung unabweisbar ist. Die Änderungen gegenüber dem Eckdaten-Entwurf sind jeweils grau unterlegt.

zu 5. Haushaltssicherungskonzept

Das in den Haushalts-Eckdaten 2005 befindliche Haushaltssicherungskonzept basiert auf der Fortschreibung des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes des Jahres 2004. Einige Maßnahmen können nicht oder nicht mehr in den Folgejahren realisiert werden. Bei anderen Maßnahmen ergeben sich auf Grund der Entwicklung höhere Konsolidierungserfolge. Maßnahmen, deren Einsparungsvolumen bisher nicht eingeschätzt werden kann, werden weiterhin ohne Einsparungsbeträge ausgewiesen. Folgende Änderungen sind – lt. Eckdaten-Entwurf - eingearbeitet:

- a) SK 1.9 – Überführung des Rettungsdienstes in die Kreiszuständigkeit = jährliche Einsparung 170.000 €
Begründung: Nach mehreren Anfragen in den letzten Jahren zur Übernahme des Rettungsdienstes hat der Kreis die Übernahme dieser Aufgaben abgelehnt. Es werden mögliche Kooperationen in Teilbereichen auf freiwilliger Basis weiterhin angestrebt.

- b) SK 3.11 – Finanzierungsbeteiligung Dritter an Verwaltungsaufgaben = jährliche Einsparung 500.000 €
Begründung: Diese HSK-Maßnahme resultiert aus einem Angebot eines Unternehmers zwecks Beteiligung am städtischen Eigenbetrieb EUV. Grundlage dieses Angebotes war die Teilprivatisierung städtischer Dienstleistungen. Dies sollte zu einer Ausgabenreduzierung in Höhe von 1 Mio. DM pro Jahr (= rd. 500.000 €) führen. Der Eigenbetrieb EUV ist zwischenzeitlich in eine Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Weitere Überlegungen zur Zusammenführung von städtischen Aufgaben (z.B. Tiefbaubereich mit dem EUV, Tiefbau- und Grünflächenbereich mit einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Immobilienmanagement) führten nach Prüfung nicht zu den ausgewiesenen Einsparungen.
- c) SK 4.7/4.12 – Reduzierung des Zuschusses Verbraucherberatung
Begründung: Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 29.09.2005 einstimmig beschlossen, die o.g. Maßnahme aus dem Haushaltssicherungskonzept herauszunehmen. Zu den Einzelheiten wird auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2005/281 verwiesen.
- d) SK 5.18 – Kostensenkung ÖPNV = jährliche Einsparung 100.000 €
Begründung: Kurzfristige Einschränkungen von ÖPNV-Leistungen sind derzeit nicht absehbar. Einsparungsmöglichkeiten werden im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes geprüft. Kosteneinsparungen bei anderen Verkehrsunternehmen (Dortmunder Stadtwerke AG) wurden bereits umgesetzt.

Weitere Änderungen sind bei folgenden Maßnahmen notwendig (in Anlage 10 zum Eckdaten-Beschluss bereits eingearbeitet):

- e) SK 5.1 – Erhöhung der Gewerbesteuer ab 1998 auf 470 % (seit 1996 450 %) – bisher 2006 = 447.000 €, nunmehr 2006 = 428.000 € - entsprechende Reduzierungen in den Folgejahren
Begründung: Geringere Aufkommensentwicklung gegenüber bisherigen Planungen

Die Verwaltung wird zum Beschluss über die Haushaltssatzung 2006/2007 eine aktualisierte Fassung des Haushaltssicherungskonzeptes vorlegen (u.a. Berücksichtigung von Änderungen auf Grund organisatorischer Zuordnungen).

Anlagen

- 1 *Beschlussvorschläge*
- 2 *Veränderungsliste 2006 der Zuschussbedarfe Verwaltungshaushalt*
- 3 *Veränderungsliste 2007 der Zuschussbedarfe Verwaltungshaushalt*
- 4 *Finanzplanung Verwaltungshaushalt*
- 5 *Veränderungsliste Investitionsquoten 2006 Vermögenshaushalt*
- 6 *Veränderungsliste Investitionsquoten 2007 Vermögenshaushalt*
- 7 *Investitionsquoten 2006 Vermögenshaushalt*
- 8 *Investitionsquoten 2007 Vermögenshaushalt*
- 9 *Finanzplanung Vermögenshaushalt*
- 10 *Haushaltssicherungskonzept*